

ecke turmstraße

nr. 1 – märz 2021

Zeitung für das »Lebendige Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



Bitte bringen Sie diese Zeitung auch Ihren Nachbarinnen und Nachbarn mit!

WELCHE ECKE?



Moabit hat ja bekanntlich viele schöne Ecken. Aber wo wurde diese Ecke aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir wieder einen Büchergutschein der Dorotheenstädtischen Buchhandlung. Schicken Sie uns Ihre Antwort per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Turmstraße, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecketurm@gmx.net Einsendeschluss ist Montag, der 12. April 2021. Unser letztes Bilderrätsel zeigte das Freiluft-Schachspiel auf dem Areal des ZK/U. Vielen Dank für alle Einsendungen! Gewonnen hat Stefan Dietzel – herzlichen Glückwunsch!

Luftreinigungsgeräte für Schulen in Mitte

Auch in Mitte werden seit kurzem Luftreinigungsgeräte an die allgemeinbildenden Schulen im Bezirk ausgeliefert. Das Land Berlin hat dem Bezirk für Ankauf und Wartung solcher Geräte 258.000 € zur Verfügung gestellt. Nach erfolgter Ausschreibung konnten mit dem wirtschaftlichsten Angebot insgesamt 75 Geräte beschafft werden – in Mitte also ein Gerät pro Schule. Sie ergänzen bereits vorhandene Geräte, die auf Initiative von Eltern und Fördervereinen aufgestellt wurden. Die Auswahl der bestgeeigneten Geräte erfolgte in Abstimmung mit der Charité. Die Verteilung der Geräte wurde zwischen Bezirksamt, der

Schulaufsicht und dem Bezirksschulbeirat anhand der von den Schulen ermittelten Bedarfe gemeinsam erarbeitet. Das richtige und regelmäßige Lüften bleibt auch in Räumen mit Luftreinigungsgeräten weiterhin erforderlich, da nur so ein Austausch der Raumluft sichergestellt ist. Die Geräte tragen jedoch zur Reduzierung virushaltiger Aerosole in der Atemluft bei. »Der Einsatz von mobilen Luftreinigern ersetzt ausdrücklich keine der anderen Hygienemaßnahmen«, so Schulstadtrat Carsten Spallek. Derzeit gibt es noch keine Informationen, wann Luftreiniger der zweiten Tranche, die über die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) beschafft werden, in den Bezirken verteilt werden.

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail!

Die nächste Ausgabe

der Ecke Turmstraße erscheint Mitte April 2021.

INHALT

Seite 3 Die Straßenbahnplanung für Moabit

Seite 4 Sozialstudie für das Sanierungsgebiet Turmstraße

Seite 5 Neue Parkraumbewirtschaftungszonen ab April

Seite 6 Was ist eine Gestaltfibel?

Seite 7 Kultur in Moabit

Seite 8 Tag der Städtebauförderung am 8. Mai

Seite 9 Nachrichten

Aus dem Bezirk Mitte:

- Seite 11 Holz – Baustoff mit Zukunft
- Seite 12 Corona aktuell: Impfen
- Seite 13 Kleine Geschichte des Impfens
- Seite 14 100 Jahre Groß-Berlin: Die versäumte Verwaltungsreform, Teil 2

Seite 15 Adressen + Gebietskarte

Seite 16 Eckensteher

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/akteure/ecke-turmstrasse

Baustart für die Tram noch in diesem Jahr

Künftig sollen die Züge im 5-Minuten-Takt bis zum U-bahnhof Turmstraße fahren

Geht es nach den Plänen des Senats, soll noch in diesem Jahr der Bau der Streckenverlängerung der Straßenbahnlinie M10 beginnen. Die Tram soll dann vom Hauptbahnhof bis zur Turmstraße geführt werden. Laut Senatsverkehrsverwaltung liegt die Baugenehmigung bereits vor. Zuvor konnte das notwendige Planfeststellungsverfahren abgeschlossen werden – es war bereits das zweite. Das erste Verfahren hatte schon Anfang 2018 stattgefunden, musste aber wegen eines geänderten Schallschutzgutachtens wiederholt werden. Das Beteiligungsverfahren, also die Auslegung der Unterlagen zur Planfeststellung, fand dann im Herbst 2019 statt.

Mit der Erteilung der Baugenehmigung können die ersten Gleisbauarbeiten beginnen. Die Tram-Linie 10, die bislang die Bezirke Friedrichshain, Prenzlauer Berg und Mitte verbindet, soll dann in einem ersten Schritt vom Hauptbahnhof bis zur Turmstraße verlängert und später weiter bis Jungfernheide ausgebaut werden. Die neue Strecke der M10 führt künftig im 5-Minuten-Takt vom Hauptbahnhof durch die Europa City über die Invalidenstraße zur Rathenower Straße, um dort in die Turmstraße abzubiegen. Auf der zwei Kilometer langen Strecke sind vier barrierefreie Haltestellen vorgesehen. Vom Hauptbahnhof aus gesehen werden sie kurz vor der Kreuzung Alt Moabit/Rathenower- und Paulstraße, am Beginn der Turmstraße knapp westlich der Einmündung in die Rathenower Straße, vor dem Gesundheitszentrum Moabit (östlich der Lübecker Straße) sowie am U-Bahnhof Turmstraße zwischen Wilhelmshavener und Bredowstraße eingefügt. Die Tram erhält weitgehend ein eigenes Gleisbett. Eine Gleiskreuzung und daran anschließende Aufstellanlage zwischen Bredow- und Bremer Straße dienen als Kehrstelle für die ankommenden bzw. abfahrenden Züge.

Für die weitere Verlängerung bis Jungfernheide sind die Trassenuntersuchungen abgeschlossen. Die 3,8 km lange Strecke soll über Turm-, Hutten-, Wiebestraße, Kaiserin-Augusta-Allee, Mierendorffplatz, Osnabrücker Straße, Tegeler Weg, Max-Dohrn-Straße bis nördlich des U- und S-Bahnhofes Jungfernheide führen. Auch zu diesem Abschnitt soll die Öffentlichkeit »zur gegebenen Zeit« auch informiert und angehört werden. Während der Abschnitt »Turmstraße I« nun in die Realisierung geht, läuft die Vorplanung für die Verlängerung der Tram vom U-Bahnhof Turmstraße nach Westen (»Turmstraße II«). Diese führt im ersten Abschnitt durch das Fördergebiet Turmstraße und berührt damit auch die Belange des Sanierungsgebiets.

In der regelmäßig tagenden Planungsrunde zur Straßenbahn, an denen auch ein Vertreter des Stadtentwicklungsamts und des Gebietsbeauftragten KoSP teilnehmen, werden derzeit zwei Gestaltungsvarianten diskutiert: die Variante »Besonderer Bahnkörper« (klassische Variante) sowie die Variante »Straßenbündiger Bahnkörper« (»modifiziertes Kasseler Modell«), wobei letzteres als vorteilhafter beurteilt wird.

Auch die Stadtteilvertretung Turmstraße wird in diesen Austausch einbezogen. Sie spricht sich nach eingehenden internen Diskussionen der AG Mobilität klar für das »modifizierte Kasseler Modell« aus. Demnach blieben die breiten Seitenbereiche der Turmstraße mit ihren bisherigen Nutzungen erhalten. Daneben verlief auf beiden Seiten in Bordsteinlage ein gefärbter Radstreifen von mindestens 2,5 m Breite (incl. Sicherheitsabstand). Daran würde sich zur Straßenmitte hin ein Lieferstreifen mit ebenfalls 2,5 m Breite anschließen. Dieser Lieferstreifen wird allerdings – wie auch jetzt schon die Liefer- bzw. Parkspur – aus Platzgründen nicht durchgehend auf beiden Seiten vorhanden sein können. Weiter zur Mitte hin würde dann in jeder Richtung eine gemeinsame Fahrbahn für jeglichen motorisierten Verkehr geführt. Auch die Tram wird straßenbündig in dieser Fahrbahn installiert. Schließlich vervollständigt ein meist 3 Meter breiter, querbarer Mittelstreifen die Straße.

In dieser Variante sieht die STV Turmstraße viele Vorteile: Bereits getätigte Investitionen durch Umbaumaßnahmen in den Seitenbereichen könnten so zum großen Teil erhalten werden, ebenso wie die Bäume. Der Fahrradverkehr wäre bei ausreichender Breite der Radspur zwischen Bordstein und Lieferspur besser geschützt als in direkter Lage neben der Fahrbahn. In Bereichen ohne Lieferspur, also bei direkter Lage des Radwegs neben der Fahrbahn, würde der Radverkehr, wo immer möglich, durch Poller oder Barken geschützt. Die breite gemeinsame Fahrspur für Tram, Busse, Liefer- und Anwohnerverkehr etc. soll Behinderungen durch falsch parkende Fahrzeuge vermeiden.





Haushaltsbefragung für die Sanierungsgebiete Turmstraße und Müllerstraße abgeschlossen

Anfang des Jahres bekamen Moabiter Haushalte ungewöhnliche Post: Es handelte sich um Fragebögen zur sozialen und zur Wohnsituation der Adressaten. Absender waren die Berliner Planungsbüros S.T.E.R.N. GmbH und argus gmbh. Sie sind vom Bezirksamt Mitte damit beauftragt, für jedes der drei Sanierungsgebiete in Mitte eine Sozialstudie zu erarbeiten. Anhand der Studie sollen dann soziale Sanierungsziele für das Gebiet formuliert werden. Die Fragebögen stellen die Datengrundlage für die Studie dar. Analog läuft das Verfahren im Sanierungsgebiet Müllerstraße. Für das Gebiet Nördliche Luisenstadt konnte die Studie schon im letzten Jahr abgeschlossen und deren Ergebnisse präsentiert werden.

Doch was hat es eigentlich mit den »sozialen Sanierungszielen« auf sich? Um den Begriff zu verstehen, muss man einen Rückblick auf die Sanierungsgebiete werfen: Bis Ende der 1990er Jahre gab es für diese Gebiete noch Städtebaufördermittel auch für private Investoren, die im Gegenzug aber mietpreisgebundenen Wohnraum bereitstellen mussten, deren Belegung der Bezirk vornahm. Die Formulierung sozialer Sanierungsziele war dabei Bestandteil der Sanierungssatzungen für die jeweiligen Gebiete – in der Regel waren dabei eine sozialverträgliche Erneuerung und die Verhinderung von Verdrängung die wichtigsten Ziele. Doch als sich die Prämissen der Städtebauförderung änderten und die öffentlichen Fördermittel nur noch auf den öffentlichen Raum konzentriert werden sollten, fielen damit auch die sozialen Ziele weg. Inzwischen hat auch in der Berliner Politik ein Umdenken eingesetzt, und der anhaltende Gentrifizierungs- und Verdrängungsdruck führte nicht nur zum Revival des Milieuschutz-Instruments, sondern machte auch die Setzung sozialer Ziele in der Stadterneuerung wieder notwendig. Diese beziehen sich nun vor allem auf die Wohnraument-

wicklung, um die soziale Mischung zu erhalten und auch Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen bedarfsgerecht versorgen zu können. Mit umfangreichen Voruntersuchungen muss festgestellt und nachgewiesen werden, welche konkreten Defizite es vor Ort gibt und was spezifisch notwendig ist.

In den Sanierungsgebieten von Mitte existiert u.a. aufgrund der zentralen Innenstadtlage eine große Nachfrage nach gut ausgestatteten Miet- und Eigentumswohnungen. Aufgrund der baulich-städtebaulichen Mängel und Defizite gibt es sowohl Erneuerungspotenziale im Bestand, aber auch Neubau- bzw. Nachverdichtungsmöglichkeiten, wenn auch in geringerem Maß. Im Sinn einer sozial verträglichen Gebietsentwicklung sollen nun »Vorgaben für einen am Bedarf der Bevölkerung orientierten Wohnungsbau entwickelt« werden. Hierbei steht die »Schaffung von leistbaren, von breiten Schichten der Bevölkerung nachgefragten Wohnungen« im Vordergrund. Mit anderen Worten: Welche Wohnungen braucht das Gebiet am dringendsten, und wie viele? Eher größere oder kleinere, welche Miethöhen sind leistbar – gemessen am Einkommen der Anwohnerschaft? Im Rahmen der Untersuchungen ist es daher notwendig, Informationen zu den sozial-strukturellen Verhältnissen und zur Wohnsituation zu erheben. So wurde im Fragebogen u.a. nach der derzeitigen Wohnsituation und eventuellen Veränderungswünschen, aber auch nach der Nutzung und Bewertung der Infrastruktur im Gebiet gefragt.

Im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt, für das die Sozialstudie bereits vorliegt, ergab sich beispielsweise, dass es generell an kleinen bezahlbaren Wohnungen mangelt. Aus solchen Sachverhalten resultierte ein spezifischer Wohnungsgrößen-Schlüssel, der künftig als Empfehlung bei Genehmigungen für Wohnungsneubau berücksichtigt werden soll. Ferner wurde für die Nördliche Luisenstadt empfohlen, im privatfinanzierten Wohnungsbau durch vertragliche Verpflichtungen einen Anteil »leistbaren Wohnraums« für Haushalte mit WBS anzustreben, wobei ein Belegrecht des Bezirks vertraglich vereinbart werden sollte.

In den Sanierungsgebieten Turm- und Müllerstraße werden die Planungsbüros S.T.E.R.N. GmbH und argus gmbh nun die zurückgesendeten anonymisierten Fragebögen auswerten und eine Studie erarbeiten, die dann die Basis für die Formulierung sozialer Sanierungsziele bildet. Diese werden für jedes Gebiet in Mitte spezifisch entwickelt, je nach den dortigen Erfordernissen. Nachdem die Studie den Bezirkskmgremien vorgelegt und durch einen Bezirksamtsbeschluss bestätigt wurde, wird sie zum festen Bestandteil des »Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts« (ISEK) für das Gebiet. Die sozialen Sanierungsziele haben damit zwar keinen Gesetzescharakter, finden aber in der sanierungsrechtlichen Beurteilung und Genehmigung von Vorhaben praktische Anwendung.

Parkraumbewirtschaftungszonen

Moabiter Werder und Hansaviertel ab 1. April, weitere Zonen folgen im Lauf des Jahres

Lange haben die Moabiter auf die Parkraumbewirtschaftung auch in ihrem Stadtteil gewartet, zu groß wurde der Parkdruck im Gebiet. Dass die Parkraumbewirtschaftung ein durchaus hilfreiches Instrument sein kann, um die Situation zu verbessern, haben bislang schon viele Anwohner in Berlin erfahren. Die Vorteile sind vielfältig: Anwohnerinnen und Anwohner sowie ortsansässige Gewerbetreibende, Lieferfahrzeuge und andere finden leichter und schneller einen Stellplatz, es wird seltener in zweiter Reihe gehalten bzw. falsch geparkt. Der Parksuchverkehr wird reduziert und damit auch der Ausstoß von Lärm- und Schadstoffen. Insgesamt ist es ein Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssituation im Quartier und zu mehr Verkehrssicherheit. Schon die mit der Parkraumbewirtschaftung verbundene verstärkte Kontrolle des Verkehrsraumes durch das Ordnungsamt dürfte etliche Besucher künftig von Ordnungswidrigkeiten abhalten. Schnell mal gratis das Auto in Moabit abstellen, geht dann nicht mehr. Nun weitet der Bezirk Mitte die Parkraumbewirtschaftung aus: Ab 1. April sollen auf dem Moabiter Werder (Parkzone 70) und im Hansaviertel (Parkzone 71) kostenpflichtige Parkzonen in Betrieb genommen werden. Für die Durchführung von Kontrollen innerhalb der neuen Parkraumzonen hat das Ordnungsamt einen neuen Standort in der Zwinglistraße bezogen. Im »Lebendigen Zentrum Turmstraße« betrifft dies alle Straßen südöstlich des Winkels östliche Turmstraße/südliche Stromstraße, d.h. Turmstraße zwischen Stromstraße und Rathenower Straße und Stromstraße zwischen Spreuer und Turmstraße. Die Bewirtschaftungszeiten sind Montag bis Freitag zwischen 9 und 20 Uhr sowie Samstag zwischen 09 und 18 Uhr. Die Parkgebühr für Externe beträgt dann zwei Euro pro Stunde. Für Bewohnerparkausweise sind 20,40 Euro für zwei Jahre zu entrichten (Bearbeitungsgebühr).

Anwohnerparkausweise (Anwohnergignette)

Auf Antrag erhalten Bewohnerinnen und Bewohner mit amtlich gemeldetem und tatsächlichem Wohnsitz innerhalb der Zone für jeweils ein auf sie zugelassenes Kraftfahrzeug einen Anwohnerparkausweis. Der Antrag auf einen Bewohnerparkausweis ist ausschließlich per Onlineverfahren unter www.berlin.de zu stellen (dort bitte den Suchbegriff »Bewohnerparkausweis« eingeben). Nur in Ausnahmefällen kann der Antrag auch per Post, Fax, E-Mail gestellt werden. Eine persönliche Beantragung im Bürgeramt ist aufgrund der aktuellen Pandemielage nur in besonders dringlichen Fällen möglich (Terminvereinbarung hierzu nur über das Bürgertelefon unter 115).

Betriebsvignetten

Jeder Betrieb und jede vergleichbare Einrichtung mit Sitz innerhalb der Zone erhält auf Antrag eine Ausnahmege-nehmigung für eine Betriebsvignette zum Parken eines betrieblich genutzten Kraftfahrzeuges, ohne dass der Nachweis der Dringlichkeit erbracht werden muss. Die Bearbeitungsgebühren pro Fahrzeug sind 90 Euro für ein Jahr, 130 Euro für zwei Jahre und 160 Euro für drei Jahre. Ausnahme-genehmigungen für Betriebsvignetten weiterer Kraftfahrzeuge werden erteilt, wenn nachgewiesen wird, dass ein unabweisbarer Bedarf besteht, der über das Ein- und Aussteigen bzw. Be- und Entladen von Fahrzeugen im Umfeld des Betriebes hinausgeht. Anträge bitte per E-Mail an betriebsvignetten@ba-mitte.berlin.de oder per Post an: Bezirksamt Mitte, Ordnungsamt, FB 5 –Vignettenstelle, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin Onlinevordrucke erhalten Sie unter www.berlin-mitte.de (Dort bitte den Suchbegriff »Betriebsvignette« oder »Ausnahme-genehmigung« eingeben.)

Weitere Zonen der Parkraumbewirtschaftung in Moabit sollen im Laufe des Jahres folgen. Das betrifft das Westfälische Viertel (Parkzone 72) und das Rathausviertel zwischen Turm-, Beussel- und Stromstraße (Parkzone 74) im Mai; ferner den Stephankiez (Parkzone 75) ab Juni, sowie den Huttenkiez (Parkzone 73) und die Europacity (Parkzone 76) ab Juli. Das Bezirksamt wird die Anwohnerschaft sowie die ortsansässigen Betriebe in den nächsten Wochen mit entsprechenden Flyern informieren. Mehr Informationen: www.parken-in-mitte.de



us



Leitfaden durch den Gestaltungsdschungel

Die jetzt erschienene »Gestaltfibel
Turmstraße« ist eine Handreichung für
Eigentümer und Gewerbetreibende

Die Turmstraße ist nicht nur sehr quirlig und bunt – sie ist auch architektonisch ein munteres Sammelsurium. An der Moabiter Hauptgeschäftsstraße findet man Gebäude aus etlichen Jahrzehnten, angefangen von den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts bis hin zu modernen Bauten der Gegenwart. Gebäude aus der Blütezeit der Industrialisierung und der Gründerzeit erzählen noch vom ersten Bebauungsschub Moabits ab Mitte des 19. Jahrhunderts. Der Krieg hinterließ städtebauliche Narben, die teilweise wiederum überformt wurden durch den Wiederaufbau, erste Wirtschaftswunderbauten kamen hinzu, später die modernen Fassaden der 1990er und der Nullerjahre.

Das Bild der Turmstraße ist also schon architektonisch nicht homogen – doch stärker noch als Fassaden und Baustile prägen die Erdgeschosszonen das Bild: das, was sich auf Blickhöhe befindet, nämlich Geschäfte, Läden, Schaufenster, Werbeelemente.

Gleichzeitig ist die Hauptstraße auch das Herzstück des Sanierungsgebiets und »Lebendigen Zentrums« Turmstraße, und eines der Ziele im Fördergebiet ist die »Verbesserung des Ortsbildes der Turmstraße«. Doch wie sich das Ortsbild im Detail gestaltet, obliegt letzten Endes den Eigentümern der Häuser und den Gewerbetreibenden.

Insbesondere für diese beiden Gruppen hat das Stadtentwicklungsamt des Bezirks Mitte nun eine »Gestaltfibel« herausgegeben, die vom Büro KoSP erarbeitet und gestaltet wurde. Dabei handelt es sich um eine Handreichung und Entscheidungshilfe für Eigentümer und Gewerbetreibende.

de, um zur Verbesserung des Straßenbildes beizutragen. Die Gestaltfibel ist letztlich ein Gestaltungsleitfaden, der beratenden Charakter hat. Gleichzeitig ist er aber auch für jene, die sich generell für Architektur interessieren, eine interessante Lektüre. Überaus anschaulich gibt die reich bebilderte Broschüre im A4-Format eine kleine Einführung in die historische Entwicklung und die die Bauphasen der Turmstraße (sehr praktisch für den Leser: Beispiele der jeweiligen Epoche sind auf einer kleinen Übersichtskarte verzeichnet). Darüber hinaus thematisiert die Fibel die Gestaltung der straßenseitigen Fassaden (Material, Farbe, Gliederung, Fenster, Türen) und der Dächer (u.a. Dachformen).

Ein Fokus liegt natürlich auf der Erdgeschosszone (Haus-
eingänge, Läden, Werbeanlagen), für die auch Empfehlungen hinsichtlich Beschriftungen, Beleuchtung, Beklebung, Markisen und Schilder formuliert werden. Der inhaltliche Teil schließt mit einer Betrachtung zum Stadtraum und Bereichen gestalterischer Defizite, im anhang liefert ein Glossar Begriffsklärungen zum besseren Verständnis.

Grundlage für die Gestaltfibel ist ein fundiertes Gutachten des renommierten Denkmalpflege-Büros Hübner+Oehmig, das sich in erster Linie an Fachämter und Genehmigungsbehörden richtet. In einem zweiten Schritt wurde aus dem Gutachten die nun vorliegende Broschüre für die Öffentlichkeit entwickelt. Sobald es die Pandemie-Bestimmungen es wieder zulassen, kann das Heft im Stadtteilladen als Printprodukt abgeholt werden. Sie ist aber auch im Internet als PDF abrufbar: unter www.turmstrasse.de findet man das Dokument.

Zusätzlich wird die Broschüre in den nächsten Wochen vom Bezirksamt Mitte an die Eigentümer der Wohn- und Geschäftsgebäude der Turmstraße versendet. us

inside:OUT – Kunst im Vorbeigehen

Weil die Kulturorte noch immer geschlossen bleiben müssen, stellt die Galerie Nord Kunst im Schaufenster aus



Der Kunstverein Tiergarten will auch in diesen schwierigen Zeiten mit flexiblen Formaten sein Ausstellungsprogramm weiterführen. Die ebenerdigen Galeriefenster im Brüder-Grimm-Haus in der Turmstraße werden genutzt, um der Berliner Bevölkerung in diesen kulturarmen Zeiten die Möglichkeit zu bieten, Kunst »en passant«, also quasi im Vorbeigehen erleben zu können.

Mit dem dreiteiligen Ausstellungsprojekt inside:OUT und einem Videoscreening in den großen Fenstern der Galerie Nord bietet der Kunstverein Tiergarten bis auf weiteres die Möglichkeit, den Hunger auf Kultur zu stillen, ohne die gesellschaftliche Solidarität in Frage zu stellen. Gleichzeitig aber verbindet er dieses Angebot mit der Bitte, die kommunalen Galerien, Kunstvereine und Museen als Bildungsstandorte anzuerkennen und die Öffnung dieser »sicheren Orte« gemeinsam mit den Schulen zu vollziehen.

Das Ausstellungsprojekt inside:OUT präsentiert in drei aufeinander folgenden Ausstellungen vom 12.2. bis zum 9.4. 2021 elf international arbeitende Künstler*innen aus Berlin. Auf fünf großformatigen Fensterflächen zeigen sie in Collagen, Grafiken und Zeichnungen Innenansichten, Perspektivwechsel und visuelle Zwiegespräche zwischen Widerstand und Anpassung. Die künstlerischen Arbeiten, die teils im derzeit verordneten »Innen« entstanden sind, werden in den kommenden Wochen bis zur Wiedereröffnung der kommunalen Galerien und Museen an der Fassade der geschlossenen Galerie Nord präsentiert.

In Part I (12.2.–4.3. 2021) wurden die Fenster exklusiv von Künstler*innen des Kunstvereins Tiergarten bespielt, die mal mit einer gezeichneten Gardine Ein- und Durchblicke als Täuschung offenbarten, mal mit computergenerierten grafischen Kompositionen auf Interieurs verwiesen oder aber Beschriftungen verlassener Schaufenster in Brasilien nach Berlin verpflanzten und damit räumliche Umkehrungen von hier nach dort und von innen nach außen thematisierten.

Mit: Ina Bierstedt, Albert Coers, Pauline Kraneis, Juliane Laitzsch, Martin Pfahler

In Part II (5.3.–18.3.2021) dieses Projektes wird die Galerie Nord | Kunstverein Tiergarten am 5. März zeitgleich mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hanoi/Vietnam an den 150. Geburtstag von Rosa Luxemburg erinnern. An der von dem vietnamesischen Künstler Tuan Mami kuratierten Ausstellung nehmen vier renommierte vietnamesische Künstler*innen und die in Berlin lebende Künstlerin Veronika Radulovic teil. Ihr Ausstellungsbeitrag »Ich umarme dich« in den fünf Fenstern greift die Form des Flugblattes auf und ist ein fiktionaler Dialog mit Rosa Luxemburg aus Zeichnungen, Fotos und Texten. Zeitgleich wird am 5. März um 12 Uhr (MEZ) per Livestream auf das außergewöhnliche Projekt in Hanoi aufmerksam gemacht. Mit dieser Veranstaltung verstetigt die Galerie Nord die Tradition zahlreicher Kooperationen mit vietnamesischen Künstler*innen.

Mit: *Veronika Radulovic*

Part III (19.3.-9.4.2021) versammelt Berliner Künstler*innen, die sich auf vielfältigste Weise mit dem Davor und Dahinter befassen, die Verbergen, Verschwimmen und Transformation thematisieren. Die Szenarien in den Arbeiten reichen von der Auslöschung des Wortes zugunsten des Bildes bis hin zur Erschaffung abstrakter Formen und Orte. Kohle, Buntstift und Collagen werden eingesetzt, um die Grenzen der Realität spielerisch aufzulösen und der dahinter verborgenen Imagination ihren Raum zu geben.

Mit: Pharaz Azimi, Anke Becker, Peter Hock, Camila Roriz, Andreas Wolf

Das Projekt inside:OUT steht darüber hinaus für jene Ambivalenz zwischen Anpassung, Resignation, Widerstand und notwendiger Solidarität, die von der Kultur und ihren Akteuren seit Monaten gefordert wird.
(Abb.: © Veronika Radulovic, 2021)

Mitte kämpft gegen Müll

Sperrmüllaktionstage 2021 im Bezirk

Matratzen, Kühlschränke, Sofas – illegal auf dem Gehweg abgestellter Sperrmüll gehören seit Jahren zum Alltag in Berlin. Im vergangenen Jahr hat die Menge illegalen Sperrmülls noch einmal deutlich zugenommen. 39.500 Kubikmeter mussten entsorgt werden. Rund fünf Millionen Euro kostete die Entsorgung. Um dieser negativen Entwicklung entgegenzuwirken, hat der Bezirk im Jahr 2019 zum ersten Mal dieser Form der »Entsorgung« den Kampf angesagt. Im vergangenen Jahr sind 1.253 Bürgerinnen und Bürger dem Aufruf gefolgt. Sie haben insgesamt 1.009 m³ Sperrmüll und 1.475 Elektroaltgeräte ganz legal in der Nähe ihres Wohnortes entsorgen können. In diesem Jahr führt das Bezirksamt die erfolgreiche Aktion in Zusammenarbeit mit der BSR fort. In Mitte haben Bürgerinnen und Bürger erneut die Möglichkeit, kostenlos ihren nicht mehr benötigten Hausrat abzugeben. Der nächste Sperrmüllaktionstag findet in Moabit statt: am 27. März auf dem Schulhof der Kurt-Tucholsky-Grundschule, Rathenower Straße 18, von 8–12 Uhr. Vor Ort wird ein BSR-Sammelfahrzeug zur Verfügung stehen, bitte bringen Sie Ihren Sperrmüll zu diesem Fahrzeug, stellen Sie ihn nicht auf die Straße! Zur Kategorie Sperrmüll gehören Möbel, Teppiche, Matratzen, Schrott, Kunststoffteile, Elektrogeräte und Alttextilien. Nicht abgeholt werden Bauabfälle, Gussbadewannen, Autoreifen und -batterien sowie Schadstoffe (Farben, Lacke). Die Sperrmüllaktionstage finden einmalig statt und sind für die Bürgerinnen und Bürger kostenlos. Das Geld dafür stammt aus dem Aktionsprogramm »Sauberes Berlin« des Berliner Senats. Kiezläufer informieren Anwohnende rund um die jeweiligen Standorte rechtzeitig mithilfe von mehrsprachigen Aushängen an den Hauswänden. Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel: »Die negative Entwicklung bei illegalen Sperrmüllentsorgungen auf öffentlichem Straßenland zeigt, dass in einer Stadt wie Berlin, in der viele keine eigenen Möglichkeiten haben, ihren Sperrmüll zu den Wertstoffhöfen zu bringen, andere Lösungen gefragt sind. Durch regelmäßig stattfindende Aktionstage in den Kiezen versuchen wir, den Menschen vor Ort legale Entsorgungsmöglichkeiten zu bieten und dadurch einen nachhaltigen Bewusstseinswandel zu fördern. Quartiersmanagements sowie Stadtteilkordinationen unterstützen uns durch begleitende Aktionen und Tauschmärkte. Die zahlreichen positiven Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern bestätigen, dass es ein Schritt in die richtige Richtung ist.«



Ch. Eckelt

Das »Kino für Moabit« kommt zu den Leuten

Filmgespräche entlang der Turmstraße

Die Moabiter Wanderkinoinitiative »Kino für Moabit« ruft ein neues, pandemie- und lockdown-angepasstes Angebot ins Leben. Nach der Devise »Sie dürfen nicht zu uns kommen? Dann bringen wir das Kino zu Ihnen!« finden in Kooperation mit den lokalen Partnern des Wanderkinos Live-Filmstreamings mit Gesprächen (als Videokonferenzen) statt. Präsentiert werden jeweils aus einem Laden oder Lokal thematisch passende Filme, die im anschließenden Gespräch mit FilmemacherInnen und anderen ExpertInnen sowie dem Publikum diskutiert werden. Für das Filmgespräch #4 am 16. März wurde der Brettspielplatz angefragt. Film und Diskussion sollen im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus stattfinden. Kooperationspartner dafür sind das Zentrum für interreligiösen Dialog (ZiD) e.V. und die Berliner Landeszentrale für politische Bildung. Gezeigt wird der Film HASSJÜNGER (D 2018, R: Julia Knopp, Maximilian Damm, 60 min). HASSJÜNGER ist ein Porträt zweier Aussteiger aus extremistischen Szenen, des Ex-Neonazi Felix Benneckenstein und des Ex-Salafisten Dominic Schmitz. Im Anschluss soll es ein Gespräch mit den Gästen Julia Knopp, Maximilian Damm (Filmemacher), Abdallah Hajjir (Haus der Weisheit, Moabit) geben. Die Moderation wird Reinhard Fischer von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung übernehmen. Die Veranstaltung soll via Zoom stattfinden, eine Anmeldung ist über eine Mail an info@kinofuermoabit.de möglich. Der Anmelde-link wird zeitnah vor dem Termin versendet.

8. Mai: Tag der Städtebau-förderung

Podcast mit Interviews zum Thema Stadterneuerung startet

Seit einiger Zeit wird jährlich am 2. Sonntagnachmittag im Mai der »Tag der Städtebauförderung« begangen, an dem die Erfolge dieser Förderprogramme sichtbar gemacht und gefeiert werden (siehe Kasten). In diesem Jahr fällt der 2. Samstag auf den 8. Mai, und diesmal steht ein besonderes Jubiläum an: 50 Jahre Städtebauförderung in der Bundesrepublik. Während 2019 an diesem Tag noch das rundum erneuerte Umfeld der Arminiusshalle mit den Anwohnern feierlich eingeweiht werden konnte, musste der Tag der Städtebauförderung im letzten Jahr pandemiebedingt ausfallen. Und auch in diesem Jahr wird noch keine öffentliche Veranstaltung möglich sein. Deshalb sind die Sanierungsbeteiligten im Gebiet Turmstraße übereingekommen, eine alternative Form zu wählen: Am 8. Mai startet ein Podcast mit interessanten Interviews zum Thema Städtebauförderung, der vom Büro KoSP GmbH realisiert wird. Geplant sind ca. sechs Folgen, die im Laufe des Jahres präsentiert werden. Schon am 8. Mai soll beispielsweise ein hochinteressantes Gespräch mit Dieters Geffers zu hören sein, der bis 2006 17 Jahre lang als Referatsleiter für Stadterneuerung in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung tätig war. Seit 1971 beschäftigt er sich intensiv mit Stadterneue-



Ch. Eckelt

rung und weiß viel über die Auseinandersetzungen, Konflikte und Erfahrungen früherer Jahrzehnte zu berichten. Reinhören lohnt sich also! Der Link zu den Podcasts wird rechtzeitig auf der Website www.turmstrasse.de eingestellt. us

Der Garten zieht um

Für den neuen Therapiegarten auf dem GSZM-Areal gibt es jetzt grünes Licht

Mit einem Anfang Februar geschlossenen Kooperationsvertrag haben das Bezirksamt Mitte und die BIM (Berliner Immobilienmanagement GmbH) die Voraussetzungen für einen neuen Therapiegarten auf dem Gelände des Gesundheitszentrums Moabit geschaffen. Der Garten wird genutzt von kriegs- und foltertraumatisierten Geflüchteten sowie von Menschen mit geistigen Behinderungen und gravierenden Verhaltensauffälligkeiten, die vom Zentrum Überleben gGmbH und von der Heilpädagogischen Ambulanz Berlin gGmbH betreut werden. Mit der Fertigstellung des neuen Therapiegartens wird die Fläche des bisherigen Therapiegartens verfügbar, um dort auf dem Grundstück Turmstraße 23 den vorgesehenen gemeinsamen Neubau für die Staatsanwaltschaft Berlin und der Mittelpunktbibliothek für Moabit errichten zu können (wir berichteten). Die Planung für den neuen Therapiegarten erfolgte im

Rahmen des bezirklichen Begrünungsprogramms durch das programmbetreuende Büro planwerkstatt Haas-Wohlfarth. Nachdem die Ersatzfläche auf dem Areal des GSZM gefunden war, wurden mit der BIM, dem Zentrum Überleben und der Heilpädagogischen Ambulanz die Nutzungsanforderungen und Ausstattungswünsche ermittelt und abgestimmt. Wichtig war vor allem eine räumliche Gliederung, die neben offenen, belebten Bereichen für Gärtnern, Spiel, Sport oder Feste auch abgegrenzte, ruhige Bereiche z.B. für Gruppen- und Einzeltherapien erlaubt. Der wertvolle Baumbestand wird weitgehend erhalten, die Strauchflächen und das Unterholz werden zur Gewinnung von Sichtbeziehungen und Bewegungsflächen ausgleichend. Der Stabgitterzaun erhält einen 10 cm hohen Durchschlupf für Kleintiere. Durchdachte Blühfolgen, Nisthilfen und Totholzhaufen bieten Nahrung und Unterschlupfmöglichkeiten für Vögel und Insekten. Im März/April soll die Ausschreibung der Bauleistungen erfolgen. Gerechnet wird mit einer Bauzeit von Mai bis Juli. Finanziert wird die Maßnahme mit Mitteln aus dem Förderprogramm mm »Lebendige Zentren und Quartiere« (früher »Aktive Zentren«).



Städtebündnis gegen Airbnb

Andere Städte in der EU sind im Kampf gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum durch die Vermietung als Ferienwohnung schon weiter als Berlin. Doch das will jetzt nachziehen: Der Senat will das »Zweckentfremdungsverbots-Gesetz« in dieser Hinsicht verschärfen.

Seit dem 1. Mai 2014 ist in Berlin die Umwandlung von Wohnungen zu Ferienwohnungen untersagt. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom vergangenen August durchaus mit Wirkung: um etwa ein Viertel gingen danach die Angebote für Berlin in der größten Online-Plattform für Ferienwohnungen Airbnb zurück. Allerdings fehlte bei einem Großteil der verbleibenden Angebote die vom Zweckentfremdungsverbotsgesetz eigentlich vorgeschriebene Registriernummer. Durch eine Änderung des Gesetzes will Berlin jetzt erzwingen, diese Nummer online jedem Angebot öffentlich sichtbar beizufügen. Nur dann können die Wohnungsämter nämlich ermitteln, um welche Wohnung es sich exakt handelt und vor allem, wer sie vermietet. Darüber hinaus soll die Auskunftspflicht auch von Beschäftigten und Beauftragten der betroffenen Unternehmen verschärft werden. Berlin kooperiert im Kampf gegen die ausufernde Zweckentfremdung von Wohnraum als Ferienwohnung intensiv mit anderen europäischen Städten wie Paris, Amsterdam, Barcelona und Lissabon. Mit denen hat es sich zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, das auf EU-Ebene ein Gegengewicht zur gut organisierten (und finanzierten) Lobby der Online-Portale bilden kann. Die wehren sich nämlich energisch gegen alle Versuche, die Betreiber der Portale für die eingestellten Inhalte ihrer User zur Verantwortung zu ziehen – nicht nur in sozialen Netzwerken wie Facebook, sondern auch bei Airbnb.

Mehr Rücksicht auf Parkanlagen!

In der aktuellen Pandemie sind die Parks und Grünanlagen besonders wertvoll. Da viele Aktivitäten nicht möglich sind, finden die Menschen vor allem in den Parks Erholung und Bewegung an der frischen Luft. Leider war in den vergangenen Monaten verstärkt zu beobachten, dass auch Vegetations- und Gehölzbereiche betreten werden. Die Trampelpfade verdichten aber den Boden und zerstören empfindliche Frühblüher wie Blausterne, Buschwindröschen und Krokusse. Das Resultat sind verarmte Areale. An den Uferändern führt unerlaubtes Betreten dazu, dass Böschungen abrutschen und dort brütende Wasservögel keinen Platz mehr finden. Totholz, das absichtlich liegen gelassen wird, um Insekten, Vögeln und Igel Lebens- und Rückzugsräume zu bieten, wird entnommen, um daraus Hütten zu bauen oder Lagerfeuer zu entfachen. Den Tieren geht damit ihr Unterschlupf verloren. Die Beschäftigten des Straßen- und Grünflächenamtes müssen mit viel Aufwand die Hinterlassenschaften und Schäden beseitigen. Der Bezirk bittet daher um verstärkte Rücksichtnahme auf die Natur.

Begrünungsprogramm im Video

Das Begrünungsprogramm hat seit der Corona-Pandemie in den Fördergebieten Turmstraße und Müllerstraße besonders viel Anklang gefunden. Mit dieser Förderung kann die Begrünung von Höfen und Dächern unterstützt werden. Nun wird es auch in einem Video vorgestellt. Der Film ist Teil des »digitalen Dialogs« zu den Themen Klimawandel und Klimaanpassung in den Fördergebieten des Programms »Lebendige Zentren und Quartiere«. Weitere Beiträge gibt es zu Regenwasserbewirtschaftung und -management sowie zum neuen Weigandufer in Neukölln. Die Links zu den Videos sowie weitere Informationen zum Begrünungsprogramm finden Sie unter www.turmstrasse.de/aktuelles

Baustoff der Zukunft

Berlin setzt auf Holz und Serienfertigung – auch im Wohnungsbau

Holz gilt in Berlin als Baustoff der Zukunft. Nicht nur Kitas und Schulen sollen in Zukunft vermehrt mit dem nachwachsenden Rohstoff errichtet werden, sondern auch zunehmend Wohnungen. Dabei ist nicht nur die gute Klimabilanz ausschlaggebend: Holz eignet sich auch hervorragend für eine serielle Bauweise und spart beim Rohbau enorm viel Zeit.

»Holzbau-Rohbau in 11 Tagen fertiggestellt«, jubelte unlängst die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Senatsbaudirektorin Regula Lüscher kommentierte in einer Pressemeldung begeistert den schnellen Baufortschritt eines hölzernen Erweiterungsbaues einer Lichtenberger Grundschule: »Der Baustoff ist ökologisch, bindet CO₂ und schafft nicht nur schöne Räume, sondern auch welche mit gutem Raumklima. Schon heute errichtet das Land Berlin Schulen, Kitas und Sporthallen in Holzbauweise, in der Zukunft wird das Material auch eine wichtige Rolle beim Wohnungsbau spielen.«

Der Lichtenberger Ergänzungsbau bestand dabei aus 96 Holzmodulen, die, in Köpenick vorgefertigt, auf der Baustelle nur noch zusammengesetzt werden mussten und nicht wie im klassischen Betonbau Abschnitt für Abschnitt zeitraubend abbinden mussten. Die Vorproduktion ist heutzutage hochautomatisiert, sehr präzise und kann problemlos auch individuell für Einzelbauten einprogrammiert werden, Serienfertigungen jedoch benötigen weniger Aufwand für Planung und Programmierung. Und auch die Genehmigungen durch die bezirklichen Stadtentwicklungsämter sind bei Typenbauten einfacher und schneller. Für die Wirtschaftlichkeit ist es im Holzbau weniger entscheidend, wie groß die Serien sind. Auch kleine Serien, die sich in vielen anderen industriellen Bereichen nicht lohnen, weil für sie jeweils gesonderte Gussformen angefertigt werden müssen, sind hier problemlos möglich.

Auch deshalb ist Holz ein idealer Rohstoff für neue Schul- und Kitagebäude, die in Berlin zwar dringend benötigt werden, aber nur in relativ kleinen Stückzahlen – in Dutzenden, nicht Hunderten oder gar Tausenden wie beim Wohnungsbau. Für den sieht die Senatsverwaltung aber Holz ebenfalls als Baustoff der Zukunft. Das künftige »Schumacher-Quartier« auf dem ehemaligen Flughafen Tegel soll deshalb komplett in Holzbauweise errichtet werden, laut Stadtentwicklungssenator Sebastian Scheel mit rund 5.000 Wohnungen »das größte Holzbau-Quartier weltweit«.



Geförderter Wohnungsneubau im Wedding: Der Genossenschaftsbau in der Lynarstraße 38/39 besteht hauptsächlich aus Holz.

Über solche Superlative ließe sich jedoch trefflich streiten: In vielen Ländern wird ja traditionell mit Holz gebaut, in Skandinavien etwa, in den USA oder in Japan. Dort gibt es sicherlich auch größere Quartiere aus dem Rohstoff – allerdings wohl eher seltener im Geschosswohnungsbau. Und genau darum geht es dem Senat mit diesem Pilotprojekt: Den Holzbau auch im mehrgeschossigen Wohnungsbau von Mietshäusern einzuführen. Das ist beileibe nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick erscheint. Holzbau hat zwar auch in Deutschland Tradition, vor allem im Süden, in Bayern und Baden-Württemberg – aber vor allem bei Einfamilienhäusern und niedrigen Gewerbebauten. Die meisten Bauordnungen lassen mehrgeschossige Holzbauten aus Brandschutzgründen noch gar nicht zu. Erst neue wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse ermöglichen das, in Berlin erst seit relativ kurzer Zeit.

Die Bauindustrie ist deshalb bei uns noch nicht sehr gut auf Großprojekte in Holzbauweise eingerichtet. Die Branche besteht in Deutschland aus vielen kleinen Unternehmen, die nur selten mehr als 100 Mitarbeiter haben. Auch die Preise liegen derzeit noch um etwa 15% über dem klassischen Betonbau. Das würde sich aber wahrscheinlich ändern, wenn mehr größere Projekte aufzeigen, dass auch langfristig eine große Nachfrage nach mehrgeschossigen Holzbauten besteht.

Impfen – wie funktioniert das?

Die Berliner Impfzentren arbeiten wie am Schnürchen

Die erste Phase der Corona-Schutzimpfungen ist schon fast abgeschlossen. Geimpft wurden in Berlin zunächst die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen und ihre Betreuer sowie das medizinische Personal, das in den Krankenhäusern direkt mit Corona-Patienten arbeitet. Derzeit laufen die Impfungen der Über-80-Jährigen, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ambulanten Pflegediensten und des medizinische Personals, das Patienten mit erhöhten Risiko auf einen schweren Verlauf der Krankheit betreut.

Dem Vernehmen nach verlaufen diese Impfungen problemlos: Die Berliner Morgenpost veröffentlichte Mitte Februar eine ganze Seite voller geradezu enthusiastischer Leserbriefe älterer Leserinnen und Leser, die – ganz ungewohnt in Berlin – die gute Organisation in den Impfzentren lobten. Wenn man mal dran ist, scheint es also ganz gut zu laufen, Anders als in vielen anderen Bundesländer werden die aktuell Impfberechtigten in Berlin direkt angeschrieben. Die Kassenärztliche Vereinigung in Berlin bittet deshalb dringend darum, die Notfallnummer 116117 nicht mit Terminbitten zu blockieren. In dem Anschreiben der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung ist ein Impfcode enthalten, mit dessen Hilfe man dann Impftermine in einem der Berliner Impfzentren vereinbaren kann. Auch im Bezirk Mitte gibt es ein Impfzentrum – in der Erika-Hess-Eissporthalle an der Panke (Müllerstraße 185). Verimpft wird hier das Vakzin von Moderna. Man kann aber auch in andere Impfzentren verwiesen werden. Impfberechtigte ab 80 Jahre mit Impftermin können unter der Telefonnummer (030) 20 20 20 ein kostenfreies Taxi für die Fahrt zum Impfzentrum bestellen. Für die Rückfahrt erhalten sie dort einen Taxifahrschein. Mitbringen sollte man zur Impfung seinen Personalausweis, Reisepass oder Aufenthaltstitel, das Einladungsschreiben sowie den dort beigelegten Anamnesebogen und die Einverständniserklärung. Ein Impfausweis ist nicht notwendig, Geimpfte erhalten einen separaten Impfnachweis, der vom Hausarzt im Impfpass nachgetragen werden kann.

Im Impfzentrum wird kein Schnelltest auf das Coronavirus durchgeführt. Gemessen wird jedoch möglicherweise die Körpertemperatur – Personen mit erhöhter Temperatur dürfen das Impfzentrum nicht betreten und müssen einen neuen Termin vereinbaren. Begleitpersonen müssen grundsätzlich vor dem Gebäude warten.

Je nach Impfstoff erfolgt die zweite Impfung nach drei oder vier Wochen. Bei der Terminvergabe werden beide Termine festgelegt. Ein Impftermin dauert 1 bis 1,5 Stunden: Vor der eigentlichen Impfung erfolgt eine Beratung zu möglichen Nebenwirkungen, Hinweisen zum Ablauf und Empfehlungen zum richtigen Verhalten nach der Impfung. Eine kurze Untersuchung, um akute Erkrankungen und Allergien auszuschließen, wird ebenfalls durchgeführt. Anschließend wird der Impfstoff intramuskulär verabreicht – in der Regel mittels Spritze in den Oberarm. Bevor Geimpfte wieder nach Hause dürfen, ist die 30-minütige Nachbeobachtungszeit einzuhalten. Hierfür steht ein separater Raum mit Sitzmöglichkeiten zur Verfügung.

Die allgemeinen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus – etwa das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes – gelten auch für geimpfte Personen weiter. Personen, die aufgrund ihrer eingeschränkten Mobilität kein Impfzentrum besuchen können, werden von mobilen Impfteams aufgesucht. Dies betrifft Pflegebedürftige in betreuten Wohngemeinschaften, in Seniorenanlagen und Pflegeeinrichtungen. Die Koordinierung der Impftermine wird hierbei von den Pflegediensten oder Einrichtungen übernommen.

Das Risiko von schwereren Nebenwirkungen durch die Impfung ist sehr gering. Obwohl weltweit bereits viele Millionen Menschen geimpft wurden, sind außer allergischen Reaktionen noch keine schweren Nebenwirkungen bekannt geworden. Bei einer an sich überstandenen Covid-Infektion dagegen kommen langfristige Folgeleiden wie andauernde Müdigkeit (»Fatigue«) oder Lungenprobleme recht häufig vor.

cs



Ch. Eckelt

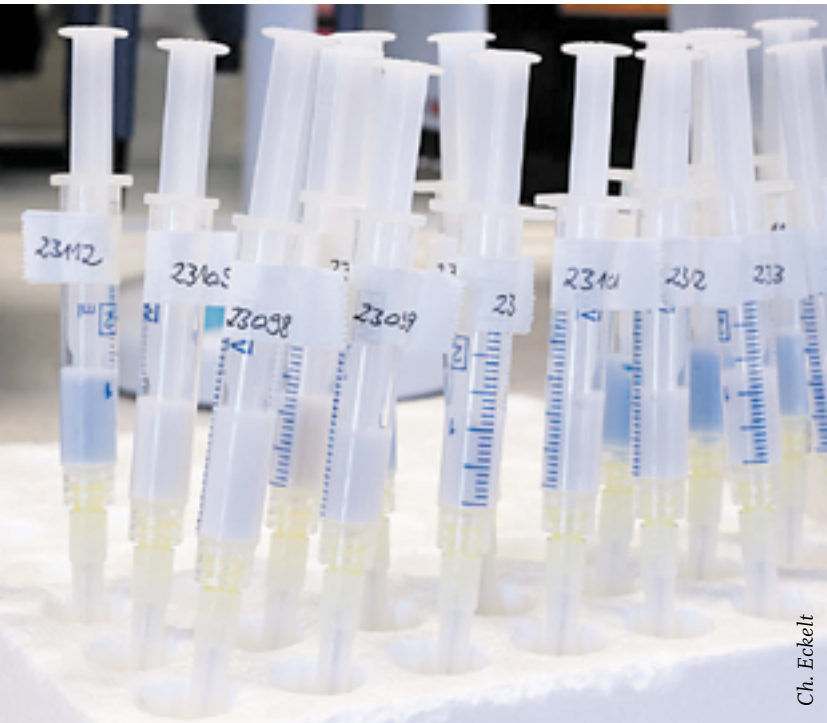
Weltwunder Impfen

Im 20. Jahrhundert hat sich die Lebenserwartung in Deutschland um etwa 35 Jahre erhöht. Im Jahr 1901 verstarben Männer im Durchschnitt noch mit etwa 47 und Frauen mit 53 Jahren. Im Jahr 2000 erreichten Männer dagegen im Schnitt ein Lebensalter von 82 Jahren und Frauen sogar von 87.

Diese historisch einmalige Steigerung der Lebenszeit hat sehr viel mit Städtebau zu tun, mit sauberem Trinkwasser, öffentlicher Kanalisation und Kläranlagen zum Beispiel. Rasante Fortschritte der Medizin, die Erforschung von Krankheiten und Ursachen, neue Behandlungs- und Operationsmöglichkeiten oder die Entwicklung diverser Antibiotika taten ein Übriges. Die westliche, an der Wissenschaft orientierte Medizin setzte sich weltweit durch, sogar in Ländern wie China, die selbst über eine über Jahrtausende hinweg entwickelte Medizin verfügten. Dass das westliche Denken im 20. Jahrhundert die Welt dominierte, hat viel mit den »Wundern« der modernen Medizin zu tun. In den meisten Ländern dieser Erde stieg die Lebenserwartung im 20. Jahrhundert sogar noch deutlich stärker als in Deutschland.

Ein »modernes Weltwunder« ist auch die Impfung. Die Schutzimpfung gegen Pocken wurde schon im Jahr 1796 von dem britischen Landarzt Edward Jenner entwickelt und verbreitete sich danach schnell in Europa. Denn damals starb noch etwa jedes zehnte Kind an der Virusinfektion, die dank weltweiter Impfkampagnen inzwischen als ausgerottet gilt. In Berlin wurden die ersten Pockenimpfungen bereits im Jahr 1800 durchgeführt. Den Impfstoff stellte die Natur zur Verfügung: die Viren der für den Menschen harmlosen Kuhpocken konnten auch Menschen gegen die Krankheit immunisieren. Das war bei anderen Krankheiten nicht ganz so einfach. Am Ende des 19. Jahrhunderts jedoch wurde Paris zum Zentrum der weltweiten Impfstoffforschung. Beschleunigt vom internationalen wissenschaftlichen Austausch vor allem mit Paul Ehrlich in Frankfurt und Robert Koch in Berlin, wurden hier rund um Louis Pasteur Impfstoffe gegen Milzbrand, Tollwut, Wundstarrkrampf und Diphtherie entwickelt. Wenn heute Europa und die USA eine Strategie gegen die Corona-Pandemie einschlagen, die maßgeblich aufs Impfen setzt, dann ist das vor allem von diesen historischen Erfahrungen getragen.

Im 20. Jahrhundert folgten weitere Erfolge: Weltweit wurden viele Infektionskrankheiten zurückgedrängt. In der DDR zum Beispiel wurden die Kinder ganz obligatorisch gegen etwa 20 verschiedene Krankheiten geimpft – Impfen gehörte zur gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit. Im Westen Deutschlands wurde dagegen deutlich weniger geimpft, obwohl es breite Impfkampagnen gab, mit denen an die Bürger appelliert wurde. Hier machte sich ein gefährliches Paradoxon bemerkbar: Je stärker eine Krankheit aus der Alltagserfahrung zurückgedrängt ist, desto niedri-



Ch. Eckelt

ger wird die Impfbereitschaft in der Bevölkerung. Mit sinkender Durchimpfungsquote aber besteht auch die Gefahr, dass Krankheiten, die man für schon ausgeremert hielt, wieder zurückkehren.

Hinzu kommt ein weiterer Umstand: Aus egoistischer Sicht kann es durchaus logisch sein, sich nicht impfen zu lassen: Denn wenn fast alle anderen geimpft sind, schützt mich ja die Herdenimmunität, dann verschwindet die Krankheit von allein aus meinem Umfeld. Was allerdings nur funktioniert, solange die anderen nicht genauso denken. Vor allem bei hochansteckenden Krankheiten wie etwa Masern geht diese egoistische Rechnung auf Kosten der Schwächeren. 95% der Bevölkerung müssen geimpft sein, um die Herdenimmunität zu erreichen. Wird diese nicht erreicht, sind vor allem auch Menschen in Lebensgefahr, die aufgrund von Krankheiten, Allergien und ähnlichen Risikofaktoren nicht geimpft werden können. Deshalb gibt es in Deutschland seit kurzem eine Impfpflicht für Masern.

Bei Covid-19 ist es etwas anders – denn hier überwiegen auch bei rein egoistischer Sichtweise die Vorteile des Impfens eindeutig. Denn selbst für jüngere Erkrankte gibt es ein Sterberisiko, vor allem aber ein hohes Risiko von schweren und langandauernden Folgeschäden. Chinesischen Studien zufolge leiden rund zwei Drittel der im Krankenhaus behandelten Corona-Patienten, also der schweren Fälle, aber auch etliche der leichter Erkrankten anschließend an solchen Langzeitfolgen. Dagegen sind bislang kaum größere Impfschäden bekannt geworden.

cs

100 JAHRE GROSS-BERLIN UND DIE VERWALTUNGSREFORM, TEIL II



Von Zebrastreifen und Mail-Unfug

Aus heutiger Sicht ist es schier unglaublich, wie im Berlin der 1920er Jahre innerhalb kurzer Zeit ein komplexes Verkehrsnetz geschaffen oder moderner Wohnungs- und Siedlungsbau vorangetrieben wurde, überhaupt Neuerungen in einem solchen Tempo durchgesetzt wurden, dass Otto Reutter in einem seiner Couplets seufzte: »Ick kann dit Tempo nich ertragen«.

Im Berlin der 2020er Jahre hätte er dieses Problem nicht gehabt, jedenfalls nicht bei amtlichen Angelegenheiten. Hier dauert ein Zebrastreifen im Schnitt ca. drei Jahre und 18 Verwaltungsschritte, wie es der Tagesspiegel-Chefredakteur Lorenz Maroldt in dem Buch »Berlin in hundert Kapiteln« beschreibt. Man erfährt auch, warum jemand, der aus Frust einfach selbst einen Fahrradbügel kaufte und ihn ohne Genehmigung vor seinem Büro aufbaute, damit deutlich besser fuhr als einer, der brav den Amtsweg einzuhalten suchte. Ersterer musste zwar nach 25 (!) Jahren einmalig 120 Euro Strafe zahlen, aber der Fahrradbügel blieb. Letzterer dagegen hatte plötzlich einen Paragraphen- und Vorschriftenwust am Hals, der ihn vermutlich heute noch in seinen Alpträumen verfolgt.

In den 1920er Jahren wie auch heute hat Berlin eine zweistufige Verwaltung. Warum aber funktionierte das damals, als es in den neuen Bezirken sogar noch viele Vorbehalte gegen Groß-Berlin gab, dennoch besser als heute? Warum ist die Polyzentralität der Stadt, die sie ja prägt und die eigentlich eine Stärke ist, in der Verwaltung oft ein Hemmnis?

In der ersten Berliner Verfassung, sagt etwa Frank Nägele, Verwaltungsexperte und Staatssekretär für Verwaltungs- und Infrastrukturmodernisierung, sei das Verhältnis klar strukturiert gewesen: der Senat steuert, die Bezirke setzen um. Das sieht heute völlig anders aus. Um die Struktur zu verstehen, muss man auf das Verhältnis von Politik und Verwaltung schauen: Alle fünf Jahre wird in Berlin das Abgeordnetenhaus gewählt, aus der gewählten politischen Koalition ergibt sich die Besetzung des Regierenden Bürgermeisters und des maximal zehnköpfigen Senats. Gleichzeitig wird an diesem Tag auch in den Bezirken gewählt: insgesamt sind das 12 Bezirksbürgermeister und 70 Stadträte. Doch statt einer klaren politischen Mehrheitskoalition (»politisches Bezirksamt«) gibt es in den Bezirken Zählgemeinschaften, die den Bezirksbürgermeister bestimmen, die Stadtratsposten werden nach Proporz ALLER in der BVV vertretenen Parteien vergeben. Im ungünstigsten Fall werden auch noch die Fach- und Zuständigkeitsbereiche der jeweiligen Stadträte jeweils neu verhandelt, so dass es auch unter den Bezirken keine einheitlichen Ressortzuschnitte gibt. Und alle fünf Jahre dreht sich das muntere Personal- und Ressortkarussell neu. Die einzige Konstante ist dabei – das Verwaltungspersonal. »So kann es passieren, dass die Verwaltung die Politik führt«, warnt Nägele. Es fehle zudem an klaren (Richtlinien-)Kompetenzen: »Es gibt beispielsweise keinerlei Weisungsbefugnis gegenüber einem Stadtrat – auf keiner Ebene.« Nägele verweist aber auch auf ein historisches Erbe: Nach dem Mauerfall war eine komplizierte Verwaltungsfusion zu bewältigen, es folgte eine gescheiterte Landesfusion, dann eine kräftezehrende Bezirksfusion mit der Reduzierung von 23 auf 12 Bezirke und schließlich, nach dem Bankendesaster und dem Scheitern der Großen Koalition 2001, ein rigider Sparkurs, von dem sich die Verwaltung bis heute nicht wieder erholt hat.

Thomas Heilmann (CDU) gehört zu der Minderheit, die als Externe in die Politik geholt werden. Der Jurist und Unternehmer sitzt heute im Bundestag, von 2012 bis 2016 war er Justizsenator. Er sieht mehrere entscheidende Punkte für eine Verwaltungsreform: Ein kompetentes Führungsmanagement und mehr Fachkompetenz beim politischen Personal. Klare Verantwortungsbereiche. Digitalisierung, Vernetzung und besseres E-Government. Zudem müsse man aufhören, immer nur einen Schritt nach dem anderen zu machen nach dem Prinzip: Erst werden alle Schulen saniert, und danach werden alle verkabelt. Und es brauche unbedingt mehr direkte Kommunikation: »Statt eine Mail zu schicken mit 16 Adressaten im CC und sich dann zurückzulehnen und auf die anderen zu warten, muss man die Beteiligten direkt an einen Tisch holen und verbindliche Verabredungen treffen, deren Erfüllung dann auch kontrolliert werden kann.« Die Verantwortungsabgabe per Mail mit 16 Leuten im CC führe letztlich zu solchen Phänomenen wie dem des Zebrastreifens. »Das Irre ist: Mit den 18 Verwaltungsschritten beschäftigt man Menschen. Die drehen ja keine Däumchen, die arbeiten ja alle!« us (wird fortgesetzt)



Adressen

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146 / 147, 13353 Berlin
(030) 9018-446 00
ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 9018-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9 – 12 Uhr,
donnerstags, 15 – 18 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 9018-436 32
Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße
Zimmer 180 / 181
Annett Postler (030) 9018-454 36
annett.postler@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 9018-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Karsten Ketzner (030) 33 00 28 32
ketzner@kosp-berlin.de
Uwe Lotan (030) 33 00 28 41
lotan@kosp-berlin.de
Sprechstunden: Di 9.30 – 12 Uhr,
Do 15.30 – 18 Uhr im Stadtteilladen,
Krefelder Straße 1a, (030) 23 94 53 39
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße
die raumplaner
Di 15 – 18 Uhr, Fr 9 – 11 Uhr im Stadtteil-laden,
Krefelder Straße 1a, (030) 23 93 85 08
gsm@turmstrasse.de
www.turmstrasse.de

Quartiersmanagement Moabit-West
Rostocker Straße 35, 10553 Berlin
(030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabit-west.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost
Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Mieterberatung
für die Bewohner der Milieuschutzgebiete Waldstraße und Birkenstraße sowie des Sanierungsgebiets Turmstraße
Sprechzeiten: Mo 16 – 18, Do 10 – 12 Uhr
im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
Mieterberatung Prenzlauer Berg
(030) 44 33 81 23
www.mieterberatungpb.de
team-moabit@mieterberatungpb.de



ECKENSTEHER

Das I- und das A-Wort

Ich kann es nicht mehr hören. Das C-Wort. Und das I-Wort. I wie Impfen. Vor ziemlich genau 14 Jahren gab es ein anderes Wort, mit dem es mir genauso ging. Das A- bzw. L-Wort. A wie Ampel, bzw. L wie Lichtsignalanlage, so heißt eine Ampel im Verwaltungsdeutsch. Ich lernte damals überhaupt sehr viel über die Verwaltung. Letztlich ist es, bei aller Komplexität, dasselbe: das Impfen ebenso wie ein Berliner Bauprojekt. Es muss gar nicht so groß wie der BER sein, die Ampel reicht schon.

Alles begann 2001 damit, dass in einem Sanierungsgebiet eine Fußgängerampel an einer hochfrequentierten Kreuzung notwendig wurde, so befanden es alle Sanierungsbeteiligten vor Ort. Das Anliegen wurde an den Bezirk und dann an den Senat weitergetragen, weil eine Hauptverkehrsstraße im Spiel war. Als sich nach einem Jahr immer noch nichts tat, schrieb ich eine launige Kolumne darüber. Es war 2002. Meine Söhne gingen nun schon ein Jahr in den Kindergarten.

Es würde zu weit führen, hier alle Verwaltungsschritte aufzuführen, die sich nach und nach auftaten wie ein Höllenschlund. (Es waren letztlich ca. 20.) Und es gab viele, viele beteiligte Behörden. Zu viele, um alle hier aufzuführen. Es gab unendlich viele Genehmigungsverfahren, eine Verkehrszählung und ein Gutachten, die wiederum geprüft bzw. begutachtet wurden. (Die Prüfung des Gutachtens allein kostete ein Jahr.)

Inzwischen waren meine Jungs eingeschult. Inzwischen waren wir alle Ampel-Experten, kannten sämtliche Behörden, alle Bedenken und sonstige Gründe, die das Vorhaben verzögerten. Bloß die Ampel kam nicht. Ich konnte nur noch müde lächeln. Am Ende waren es sieben Jahre und acht Kolumnen. Eine never ending story. Es war Anfang 2007, als die Ampel endlich stand, und ein halbes Jahr später wurde sie sogar angeschaltet. Mein Großer kam in die vierte Klasse. Genauso geht es mir heute mit Corona. Ich ertrage die Kakophonie nicht mehr. Die Kanzlerin, der Laschet, der Spahn, der Söder, der Altmaier, der Scholz, die Landesparlamente, die Kultusminister, die Ethikkommission, die Ständige Impfkommission, die Kassenärztliche Vereinigung, das Robert-Koch-Institut, die Leopoldina, der Regierende Bürgermeister, die Senatsverwaltung für Gesundheit, die für Soziales und die für Bildung. Und aus irgendeiner Kiste taucht immer der Lindner auf und nölt.

Wir wissen jetzt alles Mögliche über das Virus, die Masken, das Lüften, das Abstandhalten, die Quarantäne, die Impfstoffe, die Luftfilter. Wir sind Meister des Händewaschens. Wir versuchen rauszukriegen, wer wann entscheidungs- und handlungsfähig ist und von wessen Entscheidung das abhängt, das geht dann immer eine Etage höher, oder auch runter. Wir hören uns an, dass dies und das gerade nicht geht, aus Gründen. Irgendeinen Grund gibt es ja immer, im Zweifelsfall ist eben die EU schuld, oder das Wetter. Oder Corona, natürlich.

Bitte, habt ein Erbarmen. Labert uns nicht zu, verspricht keine Termine, die ihr nicht halten könnt, macht euren Job. Wir wollen nämlich einfach nur wissen: Wann kommt endlich die verdammte Ampel???

us